

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Neue französische Bluturteile. Sieben Deutsche zum Tode verurteilt.

Paris, 30. Juni. (WTB.) Nach einer Havasmeldung aus Mainz ist gestern vor dem französischen Kriegsgericht gegen eine Reihe Deutscher wegen angeblicher Sabotageakte verhandelt worden. Sieben Angeklagte wurden zum Tode, ein achter Angeklagter zu lebenslänglichem Zuchthaus und ein neunter zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Havas mitteilt, heißen die Verurteilten: Sasse, Maurer, Gruber, Hahne, Schneider, Freier, Frey, Lauch und Kögler.

Die „Epprecht-Korrespondenz“ gibt über den ungeheuerlichen Prozeß nach dem „Petit Parisien“ diese Darstellung:

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni wurden in Bodenheim die Bruchstücke einer Schiene in die Mitte einer Weiche getrieben, um dadurch den Schnellzug Wiesbaden-Frankfurt, der um 4.10 Uhr die betreffende Stelle passieren mußte, zur Entgleisung zu bringen. Angeklagt sind die Deutschen Sasse, Maurer, Gruber, Hahne, Schneider, Frey, Lauch, Frey, Kögler, die sämtlich beschuldigt werden, Mitglieder einer Rechtsorganisation zu sein, deren Zweck es sein soll, Sabotageakte in dem besetzten Gebiet vorzunehmen. Die fünf ersten angeklagten Personen sind beschuldigt, an der Sabotage von Bodenheim teilgenommen zu haben. Frey soll Schneider angeworben und Kögler soll diese beiden Personen beherbergt haben, trotzdem er von ihren Absichten gewußt habe. Sasse und Maurer hätten eine telefonische Hilfsstation außer Funktion gesetzt, während Lauch und Frey Explosivstoffe beibrachten. Die Angeklagten sollen zu ihrer Verteidigung ihre mißliche Lage angeführt haben, sowie die Ungewißheit, in der sie sich über die Ziele der Organisation befanden. Sie schrieben den größten Teil der Schuld auf einen flüchtigen Kameraden. Die verteidigenden Rechtsanwälte, sämtlich Deutsche, plädierten in französischer Sprache und hoben dem „Petit Parisien“ zufolge den ungesunden Einfluß derjenigen Kreise hervor, die verurteilte Sabotageakte organisierten würden. Sie beantragten mildernde Umstände für die Angeklagten. Der Regierungskommissar hatte acht Todesurteile beantragt. Nach einstündiger Beratung sprachen die Richter folgendes Urteil aus: Sasse, Maurer, Gruber, Hahne, Schneider, Frey, Frey, Kögler wurden zum Tode verurteilt, gegen Lauch wurde auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt, Kögler wurde zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren und zur Ertragung der Kosten verurteilt.

Paris, 30. Juni. (WTB.) Unter den Eingekerkerten, die die „Agence Havas“ über den Kriegsgerichtsprozeß, in dem sieben Deutsche zum Tode verurteilt wurden, veröffentlicht, befindet sich die Angabe, daß die Mitglieder eines Freikorps gewesen seien. Die Angeklagten hätten zuerst geleugnet und hätten weiterhin erklärt, die Befehle zur Sabotage seien ihnen aus Augsburg von einem Dr. Brandt zugegangen, der der sozialdemokratischen Partei angehöre. (Ob die Angeklagten das wirklich gesagt haben, erscheint mehr als zweifelhaft. Vielleicht haben sie von der „nationalsozialistischen Partei“ gesprochen und der französische Berichtsfasser hat das verwechselt. Daß ein Sozialdemokrat solche „Befehle“ erteilte, ist zu absurd, als daß es irgendwie geglaubt werden könnte.)

Angeichts des neuen furchtbaren Urteils, das die französischen Offiziere als „Kriegsrichter“ gesprochen haben,

wiederholen wir, was der „Vorwärts“ nach der Erschießung Schlageters schrieb:

Diejenigen, die über ihn zu Gericht saßen und die anderen, die ihren Spruch vollstreckten, hatten dazu kein anderes Recht als das der Gewalt. Mit wirklicher Justiz, deren Zweck es ist, die Allgemeinheit vor sozialen Taten zu schützen, hat ihr Vorgehen nicht das geringste zu tun. Es dient lediglich dem Zweck, durch Einschüchterung und blutige Rache die Sicherheit der widerrechtlich in deutsches Gebiet eingedrungenen Truppen zu gewährleisten. Die fremden Richter im Kriegstribunal haben weniger Recht, über einen Deutschen auf deutschem Boden zu Gericht zu sitzen, als er über sie....

Das trifft in vollem Umfange auch zu für das Kriegsgerichtsurteil von Mainz, über das bisher nur französische Berichte vorliegen. Wir deutschen Sozialdemokraten haben keine Sinnesgemeinschaft mit denen, die Dynamitattentate und Sprengversuche machen. Wir bekämpfen sie in jeder Form und erwarten, daß die deutsche Regierung alles tut, um diesen Störern des passiven Widerstandes entgegenzuwirken. Aber die französischen Kriegsgerichtsurteile haben nicht die Spur eines Rechts für sich. Sie sind Ausfluß nacktester Gewalt. Der französische Militarismus handelt wie seine Brüder in allen Ländern: Er kennt nur eine Richtlinie für seine Wirkung: Das ist Erzwingung eines Kadavergehorsams, ganz gleich, ob ein Rechtstitel seinen Befehlen moralischen Halt gibt oder nicht. Aber das militaristische System erzeugt überall als Gegenwirkung Haß und Verachtung. Die neuen Todesurteile werden diese Stimmung in Deutschland gegen den französischen Militarismus noch vermehren. Sie werden die gleiche Stimmung vertiefen gegen die politischen Machthaber in Frankreich, die mit einzelnen Menschenleben wie mit dem Schicksal ganzer Völker ein triviales Spiel treiben.

Das neue Bluturteil, von dem wir immer noch trotz allem hoffen wollen, daß es keine Vollstreckung findet, kann den passiven Widerstand gegen die französische Gewaltpolitik so wenig bannen, als es die früheren Urteile gleicher Art getan haben. Dazu kommt noch, daß das ganze angebliche Attentat sehr stark nach Lockspitzelarbeit aussieht. Gibt doch der französische Pressebericht selbst zu, daß vier der Beteiligten die übrigen „Saboteure“ der französischen Behörde denunziert haben. Und diese Denunzianten sind sicher mit französischen Franken gekaufte Spindel, wie jene Heinz-Hauenstein-Komplicen, die Schlageter für 700 000 Papiermark verrieten. In den geheimen Bänden, die überall in Deutschland, auch im Ruhrgebiet, ihr Wesen treiben, stecken unendlich viele Spindel. Und deren Beruf ist es, Gewalttaten nicht nur zu melden, sondern auch hervorzurufen, wenn sie ihr Geld haben wollen.

Wenn die französischen Gewalttäter mit dem Spindelgeschmeiß arbeiten wollen, so mögen sie es tun. Aber von der deutschen Regierung verlangen wir, daß sie noch unzweideutiger und klarer von dem Treiben der Dynamitards abtritt, wie der Reichsanwalt es in seiner Barmer Rede — viel zu spät, aber doch endlich — versucht hat.

## Der Berliner Etatkrach.

Aus der Berliner Stadtverordnetenfraktion wird uns geschrieben:

Die gestrige Ablehnung des Etats bringt die Stadtverwaltung von Berlin in eine der schwierigsten Situationen, in der sie je gewesen ist. In langen und gründlichen Beratungen ist der Etat im Ausschuß vorbereitet worden. Er sollte in der gestrigen, leider letzten Sitzung vor den Ferien im Plenum verabschiedet werden. Es ist bedauerlich, daß der Versuch der sozialdemokratischen Fraktion, die Abstimmung in der Donnerstagsfraktion vorzunehmen, durch die Obstruktion der Deutschnationalen mit teilweiser Billigung der Volksparteier vereitelt wurde. Alle Schwierigkeiten, die sich aus der Bestimmung der Geschäftsjahresordnung ergeben, daß während der Ferien fünfzehn Mitglieder der Beratung eines Gegenstandes widersprechen können, würden dann sich nicht aufgetürmt haben.

Die Sozialdemokratie hatte während der ganzen Beratungen des Etats den größten Nachdruck darauf gelegt, den Etat vor den Schwankungen der Geldentwertung zu schützen. Sie wollte vermeiden, daß der Etat heute festgestellt, morgen bereits durch den Sturz der Mark überholt ist. Der Etat war vom Magistrat vorgelegt mit einem Fehlbetrag von 32 Milliarden Mark. Diese 32 Milliarden Mark mußten den Etatsauschuß in irgendeiner Weise herbeigeschafft werden.

Die bürgerlichen Parteien suchten von dieser Summe einen möglichst großen Teil durch Ueberschüsse aus den Betrieben zu erzielen. Ein dahingehender deutschnationaler Antrag war zu Beginn der Ausschuhberatung bereits angenommen worden. Den unausgeführten Bemühungen der sozialdemokratischen Vertreter ist es dann aber gelungen, die Lasten des Defizits im wesentlichen auf die wirtschaftlich starken Schultern zu legen. Die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität für Verwaltungszwecke ist vermieden worden und damit eine Belastung der unbemittelten breiten Massen. Dagegen wurde die Gewerbesteuer wesentlich erhöht und eine Steuer von der gezahlten Lohnsumme neu eingeführt.

So wichtig auch die sachlichen Erfolge waren, so entscheidend war für die sozialdemokratische Fraktion, daß der Erfolg einer einigermaßen erträglichen Ausbalancierung des Berliner Etats für die ganze Dauer des Etatsjahres gesichert wurde. Daher verlangte sie, daß die Besitzsteuern automatisch der Geldentwertung angepaßt wurden. Nur dadurch wäre es möglich gewesen, aus dem ewigen Finanzjähren in Berlin herauszukommen. Ohne eine Geldentwertungsklausel wäre der Etat trotz aller Veränderungen, die unsere Fraktion durchgeführt hatte, nur ein hohles Gebäude gewesen. Schon jetzt hätte der Magistrat neue Deckungsvorschläge einreichen müssen, deren Verabschiedung aber mit Rücksicht auf die Ferien wahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre.

Der von unserer Fraktion im Etatsauschuß zum Antrag erhobene Geldentwertungsinder entstammte zudem einer vom Magistrat im Etatsauschuß eingereichten Vorlage. Dem Grundsatz der automatischen Anpassung der Steuern an die Geldentwertung wagte keine der bürgerlichen Parteien zu widersprechen, dem praktischen Vorschlag aber stellten sie hundert juristische, formale und rechtliche Bedenken entgegen. Es war deutlich zu erkennen, daß die mehr kommunal interessierten Vertreter einzelner bürgerlicher Fraktionen, insbesondere auch zwei Vertreter der deutschnationalen Fraktion, nur unter dem Druck der Interessentengruppe und aus Angst vor der Konkurrenz der anderen bürgerlichen Fraktionen sich diesen Bedenken, deren Haltlosigkeit ihnen vollkommen klar war, unterwarfen.

Die Annahme der Geldentwertungsklausel mit den Stimmen der Linken, des Zentrums und eines Teils der Demokraten war für die Rechtsparteien das Signal zur Ablehnung aller entscheidenden Steuervorlagen und damit auch zur Nichtannahme des Etats. Der Etat enthielt jetzt fast keine Einnahmen mehr und war somit auch für die Sozialdemokratie gegenstandslos geworden. Auch sie lehnte deshalb den Etat ab.

Trotzdem hat sie alles versucht, um im Interesse der Gemeinde zu einem Ausweg aus der schwierigen Situation zu gelangen. Im Veltessenrat wurde von deutschnationaler Seite der Vorschlag gemacht, die von dem Magistrat eingebrachte Dringlichkeitsvorlage, den Haushalt in der vom Etatsauschuß festgesetzten Fassung anzunehmen, zum Beschluß zu erheben. Außerdem sollte die Geldentwertungsklausel mit dem Zusatz abgeändert werden, daß diese Bestimmung erst in Kraft trete, wenn die gesetzlichen Unterlagen dafür geschaffen seien. In eingehender Verhandlung stimmte die Fraktion diesem Vermittlungsantrag mit großer Mehrheit zu. Sie handelte im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die sie als größte Fraktion für die Weiterführung der Geschäfte der Stadt trägt, und für die zunächst gar nicht abzusehenden Folgen, die eine längere etatslose Zeit für Berlin notwendigerweise im Gefolge haben muß.

Als unsere Vertreter mit diesem Beschluß der Fraktion noch kurz vor Mitternacht, in den Veltessenrat kamen, um ihn bekanntzugeben und zu hören, was die anderen Fraktionen beschloßen hätten, mußten sie zu ihrem äußersten Befremden vernehmen, daß die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei, nicht bereit waren, diesen Vermittlungsvorschlag anzunehmen. Sie bestanden vielmehr auf der Annahme des bereits abgelehnten demokratischen Antrages, der in ganz platonischen Redewendungen eine Verbeugung vor dem Gedanken der Anpassung der Steuern an die Geldentwertung macht.

## Metallarbeiterstreik in Berlin.

Heute Besprechungen beim Reichsarbeitsminister.

Der größte Teil der Auflage unserer heutigen Morgenausgabe enthält bereits die uns spät nachts zugegangene Meldung, daß die Abstimmung der Arbeiter in den Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angehören, eine gewaltige Mehrheit für den Streik ergeben hat. Die genauen Zahlen liegen auch heute vormittag noch nicht vollständig vor, jedoch steht bereits so viel fest, daß bisher rund 100 000 Stimmen für den Streik und nur etwa 11 000 gegen ihn abgegeben sind. Da die Gesamtzahl der in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter eine Viertelmillion beträgt, können diese Zahlen niedrig erscheinen; dies wäre jedoch ein Trugschluß, da eben nur die Betriebe abgestimmt hatten, deren Besitzer dem Verband Berliner Metallindustrieller angehören.

Das Reichsarbeitsministerium ist sich natürlich darüber klar, was das Ausbrechen eines solchen Riesenstreiks bedeutet, dessen weitere Entwicklung zunächst gar nicht abzusehen ist; das Ministerium hat den Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes, Genossen Ulrich, auf heute mittag 12 Uhr zu einer Besprechung eingeladen. Genosse Ulrich hat dieser Einladung Folge geleistet.

Am heutigen Sonnabendvormittag ist der Streik noch nicht ausgebrochen; die Betriebsstätten sind überall zur Arbeit erschienen. Die Lage wird von maßgebender Stelle als schwebend bezeichnet. Geht der Verband Berliner Metallindustrieller von seinem Standpunkt nicht ab, der auch von dem einen oder anderen Unparteiischen geteilt zu werden scheint, so ist der Kampf unaufhaltsam. Ob die Unternehmer zu einem Entgegenkommen bereit sind, ist zur Stunde unbekannt. Ob das Reichsarbeitsministerium für heute mittag auch Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller eingeladen hat, konnten wir dort trotz aller Bemühungen nicht erfahren.

## England und die deutsche Note.

Paris, 30. Juni. (Eca.) Das Reuters-Bureau veröffentlichte gestern Abend eine offizielle Note, in der zunächst die Zufriedenheit der englischen maßgebenden Kreise über die Lösung der belgischen Mißstrecke geäußert und Frankreich ein Wort gegeben wird, man erwarte nunmehr unerschrocken „in wenigen Tagen“ die französische Antwort auf den englischen Fragebogen, eine Antwort, „die die Aussicht auf einen endgültigen Fortschritt für die Verhandlungen der Alliierten eröffnet“. Das Reuters-Bureau gibt alsdann der Hoffnung Ausdruck, daß diese französische Antwort nur einen ersten Schritt bedeuten würde, denn man sei in London immer noch der Ansicht, daß die deutsche Note eine Antwort verdiene, und man hoffe immer noch, daß, wie bereits zum Ausdruck gebracht worden sei, die Alliierten Mittel und Wege finden werden, um eine gemeinsame Antwort an Deutschland zu erteilen.

## Übernahme von Dollarschuldenweisungen.

Ein Appell an die Industrie.

Seitens der Reichsregierung ist gewünscht worden, die bei der Emission nicht gezeichneten Beträge der Dollarschuldenweisungen nunmehr durch die Wirtschaftskreise nach aufbringen zu lassen. Daraufhin hat, wie die Telegraphen-Union meldet, das Präsidium des Reichsoberverbandes der Industrie beschloßen, bei den Mitgliedern des Reichsoberverbandes darauf hinzuwirken, daß von der Industrie alle nur irgend entbehrlichen Devisen zum Umtausch gegen Dollarschuldenweisungen zur Verfügung gestellt werden. Von diesem Beschluß hat der Vorsitzende des Reichsoberverbandes, Dr. Sorge, den Reichsanwalt am heutigen Tage Mitteilung gemacht.

## Dollar 154000.

Am Wochenschluß war das Geschäft in ausländischen Zahlungsmitteln ziemlich ruhig. Die Tendenz blieb fest. Der Dollar wurde amtlich mit 154 000 notiert. Man rechnet für kommenden Montag angesichts der starken Nachfrage des Publikums nach wertbeständigen Anleihen und Industrieaktien mit einer weiteren Steigerung der Kurse am Effektenmarkt.

Trotzdem der Kämmerer in eindringlichster Weise die Sachlichkeit und Richtigkeit der Stellung der sozialdemokratischen Vertreter anerkannte und das große Verantwortungsgefühl hervorhob, das unsere Fraktion durch ihren Beschluß bewiesen habe, siegte bei der Deutschen Volkspartei das Bestreben nach Schutz der Interessen des Besitzes über das Verantwortungsgefühl der Gemeinde Berlin gegenüber. Unsere Vertreter verzichteten unter diesen Umständen auf weitere Verhandlungen und verließen den Verhandlungsraum.

### Vortrag Freymuths in München.

München, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es ist in Bayern nicht ungefährlich, besonders für den einzelnen, Gerechtigkeit für Fischenbach zu verlangen und dafür Propaganda zu machen. Aus dieser Erkenntnis und im Hinblick auf die Vorgänge gerade der letzten Wochen ließ der Republikanische Reichsbund Bayern den durch seine Broschüre bekannt gewordenen Kammergerichtsrat Freymuth auch nicht in einer öffentlichen Versammlung sprechen, sondern vor geladenen Gästen im eigenen Heim. Freymuth begründete zunächst überzeugend, daß die bayerischen Volksgerichte zu Unrecht bestehen; durch die bayerischen Volksgerichte ist zum ersten Male in der reichsdeutschen Rechtsprechung ein vollständiger Separatismus entstanden. Heute gibt es tatsächlich ein deutsches und ein bayerisches Strafverfahren. — Dieser Separatismus besteht ohne jede verfassungsmäßige Grundlage nun bald vier Jahre. Dann zerstückelte Freymuth Anklage und Urteil gegen Fischenbach, wie schon in seiner Broschüre und wies nach, daß das Urteil der juristischen Betrachtung in keiner Weise standhalten kann. Seinen eigenen Nachforschungen ist es bekanntlich gelungen, die Schwächen und Unmöglichkeiten der Anklage und des Urteils nachzuweisen, während der Münchener Universitätsprofessor Dr. Kington den unwiderleglichen Beweis erbracht hat, daß das Fischenbach vorgeworfene Verbrechen bei der Erhebung der Anklage verjährt war. Dazu muß das bayerische Justizministerium, ob es will oder nicht, Stellung nehmen, denn es handelt sich nicht um die Person Fischenbachs, sondern um die Sache der Gerechtigkeit, die alle angeht: den Landtag, die Regierung, den Reichstag und alle, die in Deutschland leben. Einen erschütternden Appell richtete hierauf der Verteidiger Fischenbachs, Rechtsanwalt Hirschberg, an die Öffentlichkeit. Ihm selbst seien auch heute noch zu einem wirksamen Eingreifen die Hände gebunden, da er über die Ergebnisse des Prozesses sowie über den größten Teil des Urteils und seiner Begründung an das ihm vom Volksgericht auferlegte Schweigebot gebunden sei. Das ganze Verfahren und das Urteil selbst seien übrigens durch die Art des Vorgehens in einen undurchdringlichen Nebel gehüllt, den zu durchdringen der Verteidiger in keiner Weise gelungen sei. Auf Vorschlag des Sekretärs der Liga für Menschenrechte richtete die Versammlung ein Telegramm an den Vorstand des Reichstags mit dem dringenden Ersuchen, der Reichstag möge noch vor den Sommerferien die sozialdemokratische Fischenbach-Interpellation erledigen.

### Die Ruhrkredite — ein Panama?

Ueber die Art und die Höhe der Kreditgewährung an die Ruhrindustrie ist bislang selbst dem Reichstag die Kenntnis verweigert worden. Man wußte zwar, daß die Kredite sehr hoch sind, daß sie auf Papiermarkbasis gewährt wurden, und daß sie deshalb nicht nur eine starke Schädigung des Reichs, sondern auch eine der wichtigsten Quellen für die Ernährung der Wirtschaftskrisis waren. In der Zeitschrift „Die Weltbühne“ werden nun einige Angaben veröffentlicht, für die wir der genannten Zeitschrift die Verantwortung bezüglich der Richtigkeit überlassen müssen. Immerhin halten wir es angebracht, die ungeheuren Bedeutung dieser Kredite für notwendig, von diesen Angaben Kenntnis zu geben. Es soll die Reichsbank ohne Hinterlegung von Reichsschatzwechseln, aber gestützt auf die Garantie des Reichs, einen großen Teil der Ruhrkredite von sich aus gegeben haben. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in Hamburg erhielt davon auf nicht wertbeständige Dreimonatswechsel etwa 900 Milliarden Mark (also Wechsel, die in entwertetem Gelde zurückerstattet werden! Red. d. „W.“). Das Syndikat hat außerdem von der Reichskreditgesellschaft 400 Milliarden Mark erhalten, die erst wertbeständig gemacht werden sollen, und zwar auf der Grundlage des Preises für die Zeitschrift. Außer diesen rund 1300 Milliarden erhielten die kleineren Syndikate des Kohlenbergbaues besondere Kredite von 15 bis 20 Milliarden. An Privatbanken soll ein

Kredit von 400 Milliarden Mark gegeben worden sein. Die Gesamtsumme dieser nicht wertbeständigen Kredite belaufe sich auf über 2 Billionen Mark.

Dazu aber kommen noch die Kredite an die Stahlfinanzierungsgesellschaft. Hier sind die allerkräftigsten Kreise der deutschen Wirtschaft mit einem Male die „allerbedürftigsten“. Zu dieser Stahlfinanzierungsgesellschaft gehören folgende Konzerne: Stinnes, Krupp, Otto Wolff, Haniel, Klöcker, Mannesmann, Stumm, Kambach und Hoersch. Der Kredit belaufe sich auf nicht weniger als 60 Milliarden Mark. Er ist zwar wertbeständig, beruht aber nach fortwährender Verschlechterung nur noch auf der Basis des Eisenpreises.

Außer diesem großen Kredit für die Schwerindustrie sind noch recht beträchtliche Summen durch die „Hifa“, Hilfskasse für gewerbliche Kredite, ausgegeben. Von den mehr als 100 Milliarden, die die „Hifa“ ausgegeben hat, ist auch nur ein kleiner Teil, etwa 5—7 Milliarden wertbeständig rückzahlbar. Neben diesen Krediten, von denen das Reich nur einen kleinen Teil wiedersehen wird, laufen die Entscheidungen auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes, die ohne jede Prüfung lediglich auf Grund der Anmeldungen bis zu 90 Proz. ausgezahlt werden. Schließlich verhandeln die Kohlen- und Eisenindustriellen mit der Regierung über den Ertrag der „unproduktiven Ausgaben“.

Sind diese Angaben zutreffend, so hat man die Erklärung für die große Flüssigkeit des Geldmarktes und den ungeheuren Anstieg der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie auf den Devisenmarkt. Vom Reich würden dann die Mittel stammen, die gegen die Aktionen des Reichs Verwendung finden. Es erscheint uns unmöglich, daß diese Dinge im Reichstag unerörtert bleiben sollten.

### Ministerneuwahl in Mecklenburg.

Schwerin, 30. Juni. (WZ.) In der gestrigen Landtags Sitzung wurde der Apotheker Hennede aus Waren mit 31 Stimmen der Linken zum Finanzminister gewählt. Es wurden 26 weiße Zettel abgegeben.

Wie wir bereits meldeten, hat der Finanzminister von Mecklenburg-Schwerin, Genosse Julius Wsch, am Freitag sein Amt niedergelegt. Hierzu wird uns von Schwerin geschrieben:

Auch die Deutschnationalen und Volksparteiler, die in Mecklenburg-Schwerin zusammen arbeiten, mußten die Sachkenntnis und Energie des Genossen Wsch anerkennen. Sie unterstützten ihn, bis er in einer Finanzreform auch die mecklenburgischen Agrarier ihrem Einkommen entsprechend zu den Steuerlasten heranziehen wollte. Seither arbeitete die Tagespresse mit allen Mitteln, um ihn unmöglich zu machen. Selbst vor den widerwärtigsten Verdächtigungen schreckte man nicht zurück. Vor Uebnahme des Finanzministeriums sollte er sich als Leiter des staatlichen Filmbetriebs Unregelmäßigkeiten haben zu Schulden kommen lassen. Weit über den genehmigten Etat sollte er bauliche Veränderungen in seiner Dienstwohnung vorgenommen haben. Als Hauptführer der Hege trat der deutschpöhlische Landtagsabgeordnete Giese auf, der sich jetzt so tapfer vor einer Aussprache in der Parnheimer Festsache drückt. Auf seinen Antrag beschloß die Unternehmungskommission des Landtags mit den Vereidungen.

Das Resultat der Untersuchungen war eine völlige Rehabilitierung für Wsch. In der Landtags Sitzung vom 27. Juni rückten sämtliche Parteien von dem deutschpöhlischen Giese ab. Selbst der Führer der Deutschnationalen sah sich genötigt, sein Bedauern über die unverantwortliche Handlungsweise seines völkischen Partners auszusprechen. Aber man kennt ja die Kampfesart der Rechtsparteien, wenn es gilt, unbequeme Persönlichkeiten beiseite zu schieben. Und so nahm es denn nicht wunder, als der Vertreter der Volkspartei, Landgerichtsrat Krüger, am 29. Juni einen neuen Vorstoß gegen den sozialdemokratischen Finanzminister unternahm. Diesmal mußte die vom Land Mecklenburg-Schwerin ausgesetzte Roggenanleihe herhalten. Finanzminister Wsch und andere höhere Staatsbeamte, so hoch es, hätten sich auf Kredit in erheblichem Maße an der Zeichnung beteiligt. Sie hätten ihren Anteil an der Zeichnung, die 28 mal überzeichnet war, voll einzahlen können, während die kleinen Zeichner ganz abgewiesen wurden und andere nur einen Teil der gemühten Anteile erhielten.

Wie liegen demgegenüber die Tatsachen? Wsch hatte über 100 Zentner Roggenanleihe gezeichnet bei einem Kurs von 64 000 M.

Drei weitere höhere Beamte zeichneten auf 50—100 Zentner. Vor einiger Zeit bereits hat aber Genosse Wsch auf seine Zeichnung verzichtet. Es bliebe also nur der Vorwurf, daß Finanzminister Wsch Staatskredite in Anspruch genommen hat. Aber auch dieser Vorwurf läßt sich nicht aufrechterhalten, da es schon vor dem Kriege in Mecklenburg gang und gäbe war, Beamten für solche Zwecke Vorschüsse zu gewähren. So erhielten z. B. während des Krieges die mecklenburgischen Beamten auf Wunsch Vorschüsse zur Zeichnung der Kriegsanleihe. Es ist also durchsichtig, daß man die Steuerpolitik des Finanzministers meinte, als man ihn wegen der Zeichnung der Roggenanleihe angriff. Wenn sich Finanzminister Wsch trotz dieses Sachverhalts entschloß, zuzusetzen, so mag man das im Interesse einer gesicherten Finanzpolitik bedauern, aber es bleibt menschlich verständlich.

### Der Wahlkampf in Paris' Umgebung.

Paris, 30. Juni. (E.E.) Bei den Nachwahlen im Departement Seine-et-Oise verzichteten die Sozialisten auf die Auffstellung einer eigenen Kandidatur zugunsten der kommunistischen Kandidaten Marty und Baquerreaux, die bei den Hauptwahlen 43 000 bzw. 40 000 Stimmen erhalten hatten. Die Kandidaten des Bloc national, André und Filhos, verzichteten auf eine eigene Kandidatur zugunsten der „Radikalsozialisten“ Franklin Bouillon und Gouss. Daher ist eine Stichwahl zwischen „Radikalsozialisten“ und Kommunisten wahrscheinlich.

Dem Ergebnis der Erstwahl im Departement Seine-et-Oise sah man in ganz Frankreich aus verschiedenen Gründen mit großer Spannung entgegen. Einmal handelt es sich um einen der größten Wahlbezirke des Landes, der die Hauptstadt Paris in weitem Kreise umschließt und unter dem unmittelbaren Einfluß der hauptstädtischen Presse steht. Vor allem aber war erst im Jahre 1919 die ganze Liste des nationalen Bloc mit 86 000 Stimmen und großem Vorsprung unter Führung Lardieux gewählt worden, zugleich aber gehörten dieser Liste zwei jetzige Mitglieder des Kabinetts Poincaré, der Justizminister Colrat und der Wiederaufbauminister Reibel, an. Die Radikalen waren damals unter Führung Franklin-Bouillons um 36 000 Stimmen hinter Lardieux-Colrat zurückgeblieben, die noch vereinigten Sozialisten erhielten knapp 38 000 Stimmen.

Wohl ist inzwischen eine heftige persönliche Feindschaft zwischen Lardieux und Poincaré ausgebrochen und andererseits ist Franklin Bouillon ein stark nationalistisch orientierter Radikaler, so daß der Unterschied zwischen dem Nationalen Bloc und den Radikalen diesmal etwas verwischt war. Aber das Resultat des Wahlganges am vorigen Sonntag war trotz aller sonstigen Unklarheiten eine vernichtende Niederlage für den Nationalen Bloc. Dieser verlor über 35 000 Stimmen, während Franklin-Bouillon nur 6000 Stimmen gewann; aber das Hauptmerkmal dieses Wahlganges war die ungeheure Zunahme der kommunistisch-sozialistischen Stimmen, die zusammen 31 000 Zettel erhielten, also 13 000 mehr als 1919.

Daß die Kommunisten den weitaus größten Teil dieser Arbeiter- und Bauernstimmen, nämlich 42 000, erhielten, ist darauf zurückzuführen, daß die dortige sozialistische Parteiorganisation bei der Spaltung zerfallen wurde und die Bevölkerung unter dem Einfluß der kommunistischen „Humanität“ steht. Außerdem war als kommunistischer Kandidat der Bruder des eingekerkerten Volkshelden Marty aufgestellt, so daß die Zettelabgabe für ihn indirekt als eine Kundgebung für die Amnestie wirken sollte.

Selbstfalls hat dieser große Zuwachs der Arbeiterstimmen eine wahre Panikstimmung unter den Bürgerlichen hervorgerufen. Die Kandidaten des Nationalen Blocs erklärten, angesichts der großen revolutionären Gefahr auf den weiteren Kampf gegen Franklin-Bouillon zu verzichten. Nun haben sich die Sozialisten, obwohl sie von den Kommunisten geradezu niederrichtig während des Kampfes behandelt wurden, zugunsten der Kommunisten zurückgezogen. Es ist durchaus möglich, daß auch wirklich linksstehende radikale Wähler, die nur sehr ungern dem nationalistisch gesinnten Franklin-Bouillon Gefolgschaft geleistet hatten, es jetzt ablehnen, ihre Stimmen mit denen des Nationalen Blocs gegen die Arbeiterkandidatur zu vereinigen und entweder Stimmenthaltung üben oder sogar für Marty stimmen. Dann wäre ein Erfolg der kommunistischen Seite nicht undenkbar.

### Nationalpiraten.

Wir sind die Nationalpiraten,  
Jeder Zoll ein Lump,  
Ein Lump.  
Sprengen den Sozialdemokraten  
Ihr Klein's Häusel in Klump,  
In Klump.  
Fort die Laffen mit den Geisteswaffen,  
Nur das Pulver kann es schaffen!  
Graufam, roh und blond —  
Das ist Einheitsfront.

Wir sind die Nationalpiraten,  
Jeder Zoll ein Bandit,  
Ein Bandit.  
Und wir schreiben unfre Taten  
Mit Pistol und Dynamit,  
Dynamit.  
Laßt es schallen, laßt es knallen,  
Die Minister müssen fallen  
Jehne auf einmal!  
Das ist national.

Wir sind die Nationalpiraten,  
Jeder Zoll ein Spion,  
Ein Spion.  
Un're Freunde wir verraten  
Für den Judaslohn,  
Judaslohn.  
Nur kein Schwanken! Seht die blanken  
Uns von Richter überlieferten Franken.  
Aus der Achse!  
Deutschland über alles!

Wsch. von Lindenbuden.

Fritz Mauthner, in den 1890er Jahren einer der einflussreichsten Theaterkritiker Berlins, Verfasser zahlreicher Romane, sprachwissenschaftlicher und philosophischer Werke, ist zu Weersburg am Bodensee im Alter von 74 Jahren gestorben. Von Geburt Bodömer, kam er als junger Literat nach Berlin und machte sich durch die im Moskeler „Deutschen Montagsblatt“ veröffentlichte glänzende Parodienserie „Nach berühmten Mustern“ bald einen Namen. Die literarischen Modegrößen jener Zeit, Dahn, Auerbach, Spielhagen, Scheffel, Freitag u. a., wurden hier in einer Weise parodiert, die nicht nur in höchstem Maße amüsant war, sondern auch unwähligen Lesern zum erstenmal die Augen öffnete für die Plattheit, Hohlheit und Verlogenheit ihrer angeschwärmten Lieblinge. Mauthners Parodien, die als Bücher rasch in zahlreichen Auflagen

verbreitet wurden, haben zur Reinigung der literarischen Atmosphäre wesentlich beigetragen und den Reformern, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ihr Werk begannen, wirksam vorgearbeitet. Diesen Reformern — Kritikern und Dichtern —, die sich in der naturalistischen sogenannten „jüngstdeutschen“ Richtung vereinigten, hat sich Mauthner freilich niemals mit Haut und Haaren verschoren, aber er förderte die lebensfähigen und zukunftverheißenden Keime, die er hier zu finden meinte, er war einer der Begründer der Berliner „Freien Bühne“, die unter Otto Brauns Leitung und Paul Schlenker, Gerhart Hauptmanns, Otto Erich Hartlebens u. a. Mitarbeit einen neuen Stil in der deutschen Bühnenkunst anbahnte. Seine Stellung als einflussreicher Theaterkritiker hat Mauthner niemals zur Förderung irgendwelcher Cliquen benützt. Er bemühte sich, objektiv zu sein, und war stets ein ehrlicher Mann. Auch darf man ihm das Zeugnis ausstellen, daß er nie der Versuchung unterlegen ist, seinen schlagkräftigen und unter Umständen tödlich wirkenden Witz zum Zwecke der Selbstbespiegelung blühen zu lassen, sondern daß er immer das, was ernst zu nehmen war, auch ernsthaft behandelte. Er unterschied sich durch diese Eigenschaft namentlich von seinem Kollegen Oscar Blumenthal, der unter Umständen kein Bedenken trug, einer Pointe zuliebe das Schicksal einer Bühnendichtung zu gefährden. Mauthners Romanschriftstellerei stand nicht auf der Höhe seiner kritischen Leistung, aber seine philosophischen, namentlich seine sprachkritischen Werke bieten mannigfache Anregung und haben in vielfacher Hinsicht heilsame Klärung geschaffen.

Die nächste Sonnenfinsternis und die Relativitätstheorie. Professor Ludendorff, der Direktor des astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam hat von der mexikanischen Regierung die Einladung erhalten, an den dortigen Beobachtungen der am 10. September stattfindenden Sonnenfinsternis teilzunehmen. Ludendorff wird, nachdem die von seinem Observatorium mit unternommenen Beobachtungen auf der Weihnachtsinsel im vorigen Jahre unter Leitung von Professor Freundlich infolge der Ungunst der Witterung nicht zustande kamen, die Gelegenheit benützen, um die zur Überprüfung von Einsteins Relativitätstheorie notwendigen Feststellungen zu machen.

Der Rockefeller-Belegkittel. In der Rot, in der sich die deutsche Wissenschaft dadurch befindet, daß sie durch unsere schlechte Valuta von dem Bezug ausländischer Bücher und Zeitungen abgeschnitten ist, gewährt die Rockefeller-Stiftung seit 1921 großzügige Unterstützung. Diese Stiftung, deren Zweck dahin angegeben wird, „teilhabe an der weltumfassenden Bewegung zur Verhütung von Krankheiten und zur Schaffung erprobter Bedingungen für einen guten Gesundheitszustand der Menschen“, unterhält medizinische Hochschulen in Amerika, Kanada, England, Belgien, Brasilien; in China hat sie eine ganz neue medizinische Akademie eingerichtet. Umfassende Maßnahmen hat sie gegen die Ausbreitung des gelben Fiebers in Mexiko, Zentral- und Südamerika durchgeführt; sie unterstützt in 12 Staaten die Malariaforschung, kämpft in zahlreichen Ländern gegen die Tuberkulose und hat in Amerika einen systematischen Kampf gegen den Hakenwurm unternommen, die typische Krankheit der Bergleute. Für die hungernden europäischen Kinder ist von der Stiftung eine Million Dollar bereitge-

stellt. Zu diesen Unternehmungen tritt nun die Unterstützung der „Vergemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ in der Beschaffung von Zeitschriften, über die Dr. Jürgen in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet. Bereits in den letzten Jahren hat die Rockefeller-Stiftung 400 medizinische Zeitschriften Englands und Amerikas für die deutschen wissenschaftlichen Institute und Bibliotheken geliefert. Nunmehr wird eine Erweiterung dieser Hilfsaktion durchgeführt, indem die Lieferungen beträchtlich erhöht werden. Zugleich erfolgt eine neue Bewertungsort der Sendungen. Die Rockefeller-Stiftung liefert alle wertvollen medizinischen Zeitschriften Englands und Amerikas in je 5 bis 6 Exemplaren, von denen je ein Exemplar seinen Standort in den Staatsbibliotheken Berlin und München erhält, damit jeder Forscher sicher sein darf, die Schriften an dieser Stelle stets einsehen zu können. Die übrigen 4 Exemplare werden auf vier Bezugsstellen verteilt, von denen jeder 5 bis 6 Universitätsstädte umfaßt. Jede Zeitschriftenmappe dieser Bezugsstellen liegt etwa zwei Monate in jeder Universitätsstadt in der betreffenden Bibliothek aus und wird dann an die nächste Hochschule, die zu dem Zirkel gehört, weiterbefördert. Die Zeitschriften machen daher in längstens einem Jahr die Runde in allen Universitätsstädten.

Zur Bernsteinkunde. Es dürfte bekannt sein, daß Bernstein nicht nur an der Ostsee sondern auch in der ganzen norddeutschen Tiefebene im Illuvialen Boden gefunden wird. Ein solcher Fund wurde vor kurzem in einer Ziegelgrube des Kreises Lauban gemacht, wo beim Schichten von Lehm ein großes Stück Bernstein zufolge gefördert wurde. Dies zeigt deutlich, daß auch das schlesische Tiefland einst Meeresboden gewesen ist. Einige schlesische Museen weisen hervorragend schöne Stücke auf, deren Fundstellen bis in die Täler des schlesischen Gebirges hineinreichen. Auch das Riesen-gebirgsmuseum in Hirschberg besitzt solche Fundstücke, die aus den Ziegelgruben des Hirschberger Tales stammen. Hierbei möge daran erinnert sein, daß der 1800 in Sprottau geborene bekannte Botaniker Heinrich Robert Göpper, der die tropische Bewaldung Deutschlands durch lebenslange gründliche Forschung nachgewiesen und in ihren Resten erforscht und gesammelt hat, sich um die Erforschung der Bernsteinflora große Verdienste erworben hat. Er erkannte als einer der ersten, daß der Bernstein ein fossiles Harz, das Sekret einer Konifere, darstellt, die mit unseren Kiefern und Fichten verwandt ist; aber es lag ihm auch daran, den Charakter der Flora zu bestimmen, die zur Tertiarzeit an den baltischen Gestaden grünte. Er hat aus den Bernsteinablüssen über 163 Pflanzenarten festgelegt. Durch Schließen führte übrigens auch die sogenannte „Bernsteinstraße“ nach Prag und weiter nach Venedig.

Erstausführungen der Woche. Dienstag, Staatstheater: „Die Freie“. — Donnerstag: Schloßparktheater: „Im weißen Röhl“. — Urania-Vorträge. Im Theater alle Tage: „Mit Berlin in der Wiedererzählung“. — Im kleinen Saal: Sonntag, Donnerstag, Freitag: „Der Ausbruch des Vesuvius“. Dienstag, Mittwoch, Sonnabend: „Lolland, Land und Leute“.

Schillertheater. Frau Erni Seifan, die erste Sängerin des Theaters an der Wien in Wien, ist für ein einmonatliches am 1. Juli begabenes Gastspiel von der Sommerdirektion gewonnen worden.

# Die 6-700fache Zulimiete.

Zum 1. Juli tritt bekanntlich eine ganz erhebliche Erhöhung der Mieten ein. Während an festen Zuschlägen für Juni das 54fache der Grundmiete zu zahlen war, ist für Juli in einfachen Häusern das 180fache der Grundmiete zu zahlen. Die Grundmiete ist unverändert auf Friedensmiete abzüglich 20 Proz. in einfachen Häusern usw. stehengeblieben. In Komfort-Häusern ist, wenn nur eine besondere Einrichtung im Betrieb ist, eine 5fache, und wenn mindestens 2 dieser Einrichtungen im Betrieb sind, eine 10fache Grundmiete mehr zu zahlen. Eine nicht dauernde Außerbetriebsetzung (wie z. B. die Außerbetriebsetzung der Heizung in den Sommermonaten oder Reparaturperioden) berechtigt die Mieter nicht zur Verweigerung der Zahlung der erhöhten Zuschläge. In den festen Zuschlägen sind enthalten eine 150fache Grundmiete für laufende Instandsetzungsarbeiten und eine 1/2fache für Zinssteigerung. Der Rest (30fache Grundmiete in einfachen, 35- bis 40fache in Komfort-Häusern) sind Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für Hausreinigungsmaterial und einschließlich der gesamten Kosten für Hausreiner, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer usw. Die Betriebskosten für die Dienstwohnung des Portiers werden also vom 1. Juli ab nicht mehr auf die Mieter des Hauses umgelegt; nur noch für den Monat Juni, für den in diesen Tagen bekanntlich die nachträgliche Umlegung erfolgt, sind sie noch zu zahlen.

Mit der Beseitigung der Betriebskostenumlage für die Portierwohnung vom 1. Juli ab ist eine Fülle von Streitigkeiten, die sich durch die seit dem 1. Mai eingeführte Umlegung ergeben hatte, wieder beseitigt worden. Bisherige klare Verhältnisse hätten allerdings nur dadurch geschaffen werden können, daß die Portier- bzw. Hausreinigungskosten völlig von den Verwaltungskosten getrennt worden wären, wie dies z. B. in Magdeburg geschehen ist. Die Grundmiete für ein solches Vorgehen war dadurch geschaffen worden, daß der Schlichtungsausschuß am 24. Mai einen Tarifvertrag geschlossen hatte, der eine feste Regelung der Entlohnung vorsah. Der Magistrat ist jedoch mit seiner Absicht, diese Erhöhung (die von den Mietern beantragt worden war) vorzunehmen, bedauerlicherweise bei den Aufsichtsbehörden nicht durchgedrungen.

## Der ansehbare Betriebskostenvorschlag.

Die ansehbare Bestimmung der neuen Magistratsbekanntmachung ist die, daß die Mieter vom 1. Juli ab wieder einen Betriebskostenvorschlag zahlen sollen, und zwar in Höhe einer 100fachen Grundmiete. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Delegiertenversammlung des Mieterverbandes Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine, d. h. die maß-

gebende Instanz sämtlicher Berliner Mieterorganisationen, einstimmig den Beschluß gefaßt, die Vorschlagszahlung als geschehndig abzulehnen. Infolgedessen geben die Berliner Mieterorganisationen einmütig die Parole aus, am 1. Juli nur die oben bezeichneten festen Zuschläge, keinesfalls aber den Vorschlag in Höhe der 100fachen Grundmiete zu zahlen, weil der Minister für Volkswohlfahrt zum Erlaß der Anordnung vom 30. April d. J., auf welche sich diese neue eingeführte Vorschlagszahlung stützt, nicht berechtigt war. Die Mieter werden aufgefordert, ihre Rechte entschieden zu wahren und sich auch durch Zahlungsbefehle der Vermieter nicht einschüchtern zu lassen, sondern den Streit mit Hilfe der Mieterorganisationen zum gerichtlichen Austrag zu bringen. Verständige Vermieter werden, wie bei der vom 1. Januar bis Ende April in Geltung gewesenen und von vielen Gerichten schon mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Noilage vieler Mieter verzögert und dafür monatlich (statt vierteljährlich, wie es bei der Vorschlagszahlung geschehen soll) abgerechnet.

Bei Häusern mit Sammelheizung oder Warmwassererzeugung verbleibt es aber bei der Verpflichtung des Mieters zur Zahlung eines Vorschusses auf die Kosten der Heizstoffe. Hier ist, wie wir bereits mitteilen, neu angeordnet, daß die Mieter Mehreinträge, die durch Preissteigerungen im Laufe des Vierteljahres entstehen, nach Vorlegung der Rechnungen an den Vermieter nachzuzahlen haben.

## Die Auswirkung der neuen Mieterhöhung

wird sich erst bei der Umlegung der Betriebskosten zeigen. Hier sind nämlich ganz bedeutende Erhöhungen eingetreten, teils durch Steigerung der Werttarife, teils durch Erhöhung der Höchstgrenzen für die privatrechtlichen Betriebskosten. Die Höchstgrenzen für Juli, denen wir die bisherigen Sätze in Klammern beifügen, sind folgende: Private Müllabfuhr 7200 (1800), private Schlackenabfuhr 2500 (700), Kesselreinigung 4500 (500), Feuerversicherung 5000 (1000), Versicherungen gegen Glaschäden 1000 (500), Wasserleitungschäden 1000 (650), Haftpflicht 800 (300), Fahrstuhlbetrieb 6000 (1000).

Alles in allem ist für Juli mit einer 600-700fachen Grundmiete zu rechnen, wenn nicht noch ein höherer Satz angenommen werden muß. Jedenfalls müssen die Gewerkschaften bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen auf die Wiedereinbringung dieser erheblichen Mehrausgaben ihrer Mitglieder bedacht sein, zumal eine bedeutende Nachzahlung an Wohnungsbauabgabe für Januar/Juni (270fache Friedensmiete) noch zu zahlen ist. Auch die amtlichen Fürsorgestellen usw. müssen dieser Mehrbelastung sofort Rechnung tragen, wenn nicht die Erregung der breiten Massen sich noch weiter steigern soll.

## Massenandrang auf den Bahnhöfen.

Der erste Ferientag brachte heute früh einen Riesenansturm zu den Bahnhöfen, da alles noch „billig“ fahren will, was bekanntlich bis einschließlich 3. Juli für alle die noch möglich ist, die sich im Laufe des heutigen Tages noch eine Fahrkarte erwischen. So sind es die beiden Faktoren: Ferienbeginn und bevorstehende Fahrpreiserhöhung, die dem Andrang zu den Zügen ungeheure Dimensionen geben. Auf dem Anhalter Bahnhof und auf dem Stettiner Bahnhof waren die Morgenzüge, die vielfach doppelt gefahren wurden, im Nu gestürzt, selbst die erste und zweite Klasse war durchweg sehr gut besetzt — es gibt ja immer noch genug Leute, die es haben — ganz besonders in den Zügen nach der Tischehowskatei, nach München und in dem Söderzug nach Rastatt, in dem die Ausländer allerdings stark überwiegen. Um die vierte Klasse der Personenzüge spielten sich richtige Schlachten ab. Ein den Sperren kam es bei der ungeheuren Menschenmenge, die andrängte, nur deshalb nicht zu unliebamen Zwischenfällen, weil die Bahnsteigwächter durch Beamte der Schutzpolizei unterstützt wurden, die auf das Publikum einredeten und vor allem in sehr entgegenkommender Weise Vätern und Müttern behilflich waren, die Kleinen über die Gitter der Sperre zu heben. Denn der Prozentsatz der Kinder unter den Reisenden war so groß, daß die ob-fahrenden Züge teilweise den Eindruck eines Kinderferienzuges machten. Technisch spielte sich der Betrieb mit bewundernswürdiger Pünktlichkeit ab. Die ankommenden Nachtzüge aus dem Süden, die meist aus einem Vorzug hatten, wiesen gegenüber den abgehenden allerdings Verspätungen bis zu einer Stunde auf. Der Nachtzug aus Baden über Frankfurt hatte sogar drei Stunden Verspätung, was jedoch auf die Gleisverföhrung zurückzuführen war, die die Franzosen zwischen Darmstadt und Frankfurt vorgenommen haben. Auch die in Berlin eintreffenden Züge waren stark überfüllt, jeder Stehplatz war ausgefüllt. Trotz der hohen Gepäcktarife waren die Gepäckwagen überall vollgepackt von Koffern und Körben von oben bis unten.

## Die Zirkuskrawalle vor Gericht.

### Die Vernehmung der Zeugen.

Zu der heutigen Sitzung sind als Zeugen erschienen der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Baverrenz, der Reichstagsabgeordnete Geisler, der Vorsitzende des Bundes für Freiheit und Ordnung, Generalleutnant v. Hülken, und Kapitänleutnant v. Jork. Die Vernehmung der angeklagten Zeugen wird fortgesetzt. Medizinalrat Dr. Thiele begutachtet, daß einer von ihnen, der Angeklagte Otto Kühn, der Artist ist und als Seiltänzer im Zirkus Busch aufgetreten ist, hochgradig geisteskrank ist, so daß er berechtigter Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit habe. Vorl.: Würde aber der Angeklagte Kühn als Zeuge Aussagen machen können, denen zu glauben ist? Der Sachverständige ist der Meinung, daß auch diese mit der größten Reserve auszunehmen wären. R.-A. Dr. Weinberg: Nach dem Sachverständigen ist der Angeklagte geistig in der Entwicklung eines sechs-jährigen Kindes stehengeblieben, so daß seine Aussagen keinen mehr Gewicht haben als die eines sechs-jährigen Kindes. Der Sachverständige bestätigt das. Der nächste Angeklagte, der vernommen wird, ist der Arbeiter Bajan, der sich im Gefängnis einen langen Vortrag ausgearbeitet hat, den er zunächst vorlesen wollte. Aus seiner Aussage ist zu entnehmen, daß am Abend vor dem Krawall ein besser gekleideter Mann im Hof war und von Saal zu Saal ging und Ansprachen hielt, daß die Kundgebung der Orgeß verhindert werden müsse. Später folgten die Anklagen, er sei von der kommunistischen Partei gekommen. Der Obmann Heppner habe dann einen Treffpunkt für den nächsten Morgen festgesetzt. Er selbst sei aber direkt zum Zirkus Busch gegangen. Auf dem Hof vor dem Zirkus standen die Arbeiter schon in Reihen geordnet. Heppner und Mahlow machten zur Ruhe und Ordnung. Dann kam singend ein Zug proletarischer Jugend mit roten Fahnen an und marschierte auf den Eingang zu. Ob es darauf entstand ein Getöse und man sah Stöße in der Luft. Der Angeklagte gibt auf Befragen weiter an, daß plötzlich aus den Reihen der Obdachlosen der Ruf erschallt: „Run ran, unsere Brüder sind in Gefahr.“ Er will dann aber, als die Schlägerei begann, fortgegangen sein. Im Anschluß daran kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Dr. Weinberg, der sich gegen die Art der Fragestellung wendet.

Aus der gestrigen Stadtorordnetenversammlung vom Freitag ist nachzutragen, daß der Antrag betreffend das Gesetz Groß-Berlin (es forderte Verlegung der Beratung über die Abänderung des Gesetzes, bis Erfahrungen mit der Reorganisation der Groß-Berliner Verwaltung vorliegen) angenommen wurde. Für

den kann Antrag auf Vornahme von Neuwahlen stimmen nur die Antragsteller. Von Koch (Dnat.) war folgende Fassung des Antrags vorgeschlagen: „Den Magistrat zu ersuchen, beim Landtage darauf hinzuwirken, daß bei Festsetzung des Wahltermins gemäß dem Gesetz, dessen § 15 dahin geändert wird, daß auch in Berlin Neuwahlen stattfinden.“ Auch dieser Antrag wurde in mamentlicher Abstimmung mit 122 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Die Potsdamer Stadtorordneten gegen Oberbürgermeister Vogberg. Die Stadtorordnetenversammlung in Potsdam hat gestern in längerer geheimer Sitzung folgenden Beschluß gegen zwei Stimmen und eine Stimmenthaltung gefaßt: Die Stadtorordnetenversammlung hält ein weiteres Verbleiben des Oberbürgermeisters Vogberg, der das Vertrauen der gesamten Stadtorordnetenversammlung und weiter Kreise der Bevölkerung nicht mehr besitzt, an der Spitze der Verwaltung für unmöglich. Die Stadtorordnetenversammlung ersucht den Oberbürgermeister, sofort sein Pensionierungsgehalt zu wiederholen. Dieser Beschluß soll der Bürgerschaft durch die Presse bekanntgegeben werden.

Maschinendefekt im Charlottenburger Elektrizitätswerk. Die städtischen Elektrizitätswerte teilen mit: Im Elektrizitätswerk Charlottenburg ist ein Maschinendefekt eingetreten, der die volle Aufrechterhaltung der Stromlieferung in Frage stellt. Die Reparatur ist sofort in Angriff genommen, erweist sich aber doch als so zeitraubend, daß leider einige Zeit die Stromzuföhrung nur eine beschränkte sein kann.

Berlin kauft Bauland. Der Berliner Magistrat hat ein großes Baugebiet an der Müllerstraße erworben. Es handelt sich um die Grundstücke 102 bis 112, die zusammen 181 661 000 M. kosten sollen. Sie liegen nur zehn Minuten von der Untergrundbahnstation Seestraße. Sie sollen mit mittelgroßen Bürgerhäusern in Randbebauung besetzt werden.

Mieterverband Buchholz und Umgebung. Oeffentliche Mieter-berathungen in Buchholz, heute Sonnabend, 8 Uhr, Restaurant Bobdag Buchholz, Montag, 8 Uhr, Restaurant Bode. Thema: Mietstreit ab 1. Juli. Massendruck erwartet. Der Vorstand.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt bei größtenteils schwachen westlichen bis südwestlichen Winden.

Fußball Schweden-Deutschland. Beim gestrigen Vändermittkamp in Fußballspiel Schweden-Deutschland, welcher im Stadion vor einer Zuschauermenge von 14 000 Personen stattfand, siegte Schweden mit 2:1.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialistengruppe Södeß. Die Gruppe beteiligt sich an der Wanderung der Arbeitgemeinschaft der Arbeiterfreunde am Sonntag, den 1. Juli, nach der Königsheide. Treffpunkt 8 Uhr Berliner Bahnhof. — Montag, den 2. Juli, Heimabend mit Vortrag des Genossen Erich Gruppe über die politische Lage. Anfang 1/2 8 Uhr im Jugendheim, Södeßstr. 15 (Schule). Alle Parteigenossen und -genossinnen werden hiermit zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

## Devisenkurse.

	30. Juni		29. Juni	
	Käufer (Geld)- Kurs	Verkäufer (Brief)- Kurs	Käufer (Geld)- Kurs	Verkäufer (Brief)- Kurs
1 holländischer Gulden	60348.50	60651.50	60348.50	60651.50
1 argentinische Papier-Peso	59064.50	54335.50	54363.50	54636.50
1 belgischer Franc	8054.50	8095.50	8054.50	8095.50
1 norwegische Krone	25839.50	25468.50	25336.50	25463.50
1 dänische Krone	27297.50	27418.50	27281.50	27418.50
1 schwedische Krone	40797.50	41002.50	40797.50	41002.50
1 finnische Mark	4249.—	4271.—	4249.—	4271.—
1 japanischer Yen	78815.—	74185.—	78815.—	74185.—
1 italienische Lire	6857.50	6892.50	6857.50	6892.50
1 Pfund Sterling	708225.—	711775.—	708225.—	711775.—
1 Dollar	154173.—	154887.—	154113.—	154887.—
1 französischer Franc	9501.—	9549.—	9501.—	9549.—
1 brasilianischer Milreis	16458.50	16541.50	16458.50	16541.50
1 Schweizer Franc	27431.—	27569.—	27431.—	27569.—
1 spanische Peseta	22643.—	22767.—	22643.—	22767.—
100 österr. Kronen (abgest.)	222.44	223.56	229.42	230.58
1 tschechische Krone	4638.—	4682.—	4638.—	4682.—
1 ungarische Krone	17.70	17.70	18.75	18.85
1 bulgarische Bana	1406.—	1414.—	1396.50	1403.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1676.50	1684.50

# Gewerkschaftsbewegung

## Wertbeständige Gehälter!

Die vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes für Freitagabend ins Lehrervereinshaus einberufene öffentliche Beamteneinmündung war außerordentlich stark besucht. Das Reichsarbeitsministerium hatte als Vertreter den Ministerialrat Klar entsandt.

Der Referent Dr. Böcker vom ADB. zeigte zunächst, wie in Wirtschaft, Handel und Industrie die sogenannte Schlüsselzahl angewandt wird; nur Staat und arbeitende Klassen haben diesen Schlüssel noch nicht gefunden. Der Redner wendet sich gegen die Schlagworte Goldlohn und Friedensreallohn. In Beispielen macht er klar, daß selbst beim Goldlohn die absolute Wertbeständigkeit nicht gegeben ist. Er würde in dem Maße, wie der Dollar steigt oder fällt, eine Spekulationsfrage sein. Daß der Friedensreallohn nicht sofort eingeführt werden kann, ist jedem Volkswirtschaftler bekannt; auch wenn wir keine Reparationen zu leisten und eine bessere Steuerpolitik hätten. Keine Illusionen darüber. Aufgabe der Gewerkschaften muß es natürlich sein, für Wiedereinbringung des Vorkriegslohns zu kämpfen. Jetzt müssen vor allem Löhne und Gehälter vor der weiteren Verschlechterung des Reallohnes geschützt werden. Durch die Wertbeständigkeit des Lohnes kann nur eine relative Besserung eintreten. Je schneller und je häufiger das Gehalt an die Geldentwertung angepaßt wird, desto wertbeständiger wird es.

Wenn die Gehälter nur annähernd dem Realindex gefolgt wären, so hätten sie nie so tief sinken können. Gewiß ist es manchmal vorgekommen, daß die Gehälter um etwas mehr erhöht wurden, als die Realindexzahlen, aber nicht im Gesamtdurchschnitt. Es wird endlich Zeit, daß man von der Theorie zur Praxis kommt. Der Redner zitiert

### eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums

an den Reichstagsausschuß, worin gefordert wird, daß bei Einführung der wertbeständigen Löhne und Gehälter die Volkswirtschaft ruiniert würde; daß die Leute so wenig kaufen können, sei eine Folge der verminderten Warenbestände, notwendig sei also Erhöhung der Arbeitsleistung; zur Beseitigung der Warenknappheit und der Inflation sei das Hauptgewicht auf die Einschränkung zu legen, um dadurch eine Preisverbilligung zu erzielen. (Lachen und Juchse: Wo weiter hungern!) Dabei hat selbst ein kapitalistisches Organ einmal geschrieben, daß in Deutschland die meisten Leute Zwangspare geworden sind.

### Der Redner verlangt

Sachwertbeständige Steuern und Goldparitionen. Noch gibt es in Deutschland diesen gangbaren Weg, ohne sich dem ausländischen Kapital zu verschreiben, wie es Deutschland unter seiner bürgerlichen Regierung getan hat. Die Beständen werden zur Pflückerfüllung gezwungen werden müssen. Noch ist es Zeit; sorgen wir dafür, ehe es zu spät ist! (Beifall.)

Alle Diskussionsredner waren der Auffassung, daß jetzt Schluss gemacht werden muß mit dem Lohnstreit. Die Beamtenschaft ist in der Forderung nach wertbeständigen Gehältern einig mit der gesamten Arbeitererschaft. Der Vorsitzende erinnert die Versammelten an die abfällige Kritik des Landtagsabgeordneten Dr. Bredt von der Wirtschaftspartei der Beamtenschaft gegenüber. Auch die letzten „Lustigen Blätter“ zeigen die „Beamtensolidarität“. Warum werden solche Blätter noch von uns gelesen, warum solche Abgeordneten gewählt?

Nachstehende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die Versammlung verlangt von der Reichsregierung, daß die Forderung, das Beamteneinkommen der steigenden Teuerung in vollem Maße und in zeitlich rascher Folge anzupassen, endlich verwirklicht wird; sie billigt die von den Spitzengewerkschaften gemachten Vorschläge, die sie als brauchbare Grundlage zur Durchführung der Anpassung ansieht und erwartet von allen beteiligten Instanzen, daß sie nunmehr aus dem Stadium der Ermüden heraus zum Handeln schreiten. Sie fordert die gesamte Kollegenschaft auf, sich einmütig hinter diese Forderung zu stellen, deren Verwirklichung eine Existenzfrage für die Beamtenschaft bedeutet. Die Versammlung erklärt sich in dieser Frage solidarisch mit der übrigen Arbeitnehmerschaft, die an der Herstellung eines ehrlichen Lohnes das gleiche Interesse hat.“

## Der Holzarbeiterstreik.

Die Vertrauensmännerversammlungen der Branchen und Bezirke finden am Mittwoch, dem 4. Juli, in den selben Lokalen statt, die im Mitteilungsblatt bekanntgemacht sind, jedoch müssen sie wegen der um 7 Uhr stattfindenden Generalversammlung sofort nach Arbeitschluss beginnen. Die Vertrauensleute müssen pünktlich erscheinen, damit die Generalversammlung keine Verzögerung erleidet.

## Angestelltengehälter im Buchdruckgewerbe.

Man schreibt uns: Nachdem freie Vereinbarungen an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gescheitert waren, hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Junggehälter durch Schiedsspruch festgelegt: 160 Proz. Aufschlag auf die Realgehälter. Erklärungsfrist bis zum 2. Juli. — Die Arbeitgeber haben sich bisher gegen eine Anpassung der Löhne an die Geldentwertung gestäubt. Demzufolge waren die Angestellten durch die Waisevereinbarung in große Erregung geraten. Der Schiedsspruch schafft einen gewissen Ausgleich, den die Arbeitgeber durch Annahme anerkennen müssen, wenn nicht die Unruhe in den Betrieben noch weiter wirken soll.

## Lohnabkommen der Vergolder.

Die in den Branchen der Vergolder und Bilderrahmenmacher beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen gestern, Freitagabend, in Börsers Festsälen das Lohnabkommen für die Zeit vom 2. bis 6. Juli entgegen. Branchenleiter Labesky berichtete u. a.: Da das vorletzte Abkommen aus vierzehn Tagen abgeschlossen war, die Teuerung aber immer schärfere Formen annahm, erhoben die Arbeitervertreter bei der Verhandlung am Mittwoch noch eine Nachforderung für die Zeit vom 25. bis 30. Juni. Leider gelang es nicht den laufenden Stundenlohn von 5500 M. auf 8000 M. zu erhöhen, was gefordert war. Für die Zeit vom 2. bis 6. Juli forderten wir 11 000 M. Stundenlohn. Die Arbeitgeber boten für die erste Woche 70 Proz., für die zweite Woche 90 Proz. Zulage. Erst nach harten Debatten einigte man sich, das Lohnabkommen nur für eine Woche abzuschließen. Im übrigen aber lehnte die Verhandlungskommission die 70 Proz. als unzureichend ab. Das letzte Zugebändnis der Unternehmer lautete auf 85 Proz.; es wird der Kollegenschaft zur Annahme empfohlen. Nach einer kurzen Diskussion, in der mehrfach die 85 Proz. als ungenügend erklärt wurden, nahm die Versammlung das Abkommen an.

## Schreckliche Folgen von Indexlöhnen.

Man kann es nicht schwarz genug ausmalen, welche schreckliche Folgen wertbeständige Löhne haben würden. Sehr beliebt ist es, dabei auf Österreich hinzuweisen, wo die Arbeitslosigkeit eine direkte Folge der dort seit einem Jahr eingeföhrten Indexlöhne sein soll. Nun hat es mit dem österreichischen Beispiel ein eigenes Bewandnis. Dieses verfallene Land, dem alle Rohstoffquellen wie der Zugang zum Meer abgeschnitten wurden, das ein Spielball der Mächte aller Nationen wurde, hat infolge der unehrlichen Finanzpolitik seiner bürgerlichen Parteien einen vollständigen Zusammenbruch seiner Währung erlitten. Um die Folgen dieses Währungsverfalls für die Arbeiter und Beamten einigermaßen erträglich zu machen, wurden die Indexlöhne eingeföhrte. Die Staatsbankrott wurde um ein Butterbrot an den Völkernbund als Niederlage der Allierten von dem steuerscheuen österreichischen Bürgertum verkauft. Wie ist es nun aber mit der Arbeitslosigkeit? Seit dem Zusammenbruch der Mark, der nach der Ermordung Rathenows ein-

